

bahnt. — Meine Regierung wird ihre Bemühungen in gleichem Sinne fortsetzen. Ich brauche nicht zu erinnern, wie sehr Sie, Meine Herren, zur Erreichung des großen Zweckes mitwirken können.

Die gegenwärtige Lage der zwischen der provisorischen Central-Gewalt von Deutschland und der Krone Dänemark angeknüpften Friedens-Unterhandlungen berechtigt zu der Hoffnung, daß die Differenzen, durch welche im vorigen Jahre der Frieden und mit ihm Handel und Schifffahrt unterbrochen wurden, bald auf eine befriedigende Weise erledigt sein werden.

Die friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen Meiner Regierung zu den übrigen fremden Staaten haben keine Störung erlitten.

Schmerzlich betraure ich den Verlust eines Prinzen Meines königlichen Hauses, der vor wenig Tagen in der Blüthe des Lebens, dem schönen Berufe entzogen wurde, seine Kräfte dem Vaterlande zu widmen.

Meine Herren Abgeordneten der ersten und zweiten Kammer! Mit Vertrauen erwartet das Vaterland jetzt von dem Zusammenwirken seiner Vertreter mit Meiner Regierung die Befestigung der wiederhergestellten gesetzlichen Ordnung, damit es sich der konstitutionellen Freiheiten und ihrer ruhigen Entwicklung erfreuen könne. Der Schutz seiner Freiheiten und der gesetzlichen Ordnung — dieser beiden Grundbedingungen der öffentlichen Wohlfahrt — wird stets der Gegenstand Meiner gewissenhaften Fürsorge sein. Ich rechne dabei auf Ihren Beistand. Möge Ihre Thätigkeit mit Gottes Hilfe dazu dienen, die Ehre und den Ruhm Preußens, dessen Volk im innigen Verein mit seinen Fürsten schon manche schwere Zeit glücklich überwunden hat, zu erhöhen und dem engeren sowie dem weiteren Vaterlande eine friedliche und segensreiche Zukunft zu bereiten!

Deutschland.

* **Berlin**, 24. Febr. Der Hauptinhalt der letzten preussischen Note an den Bevollmächtigten in Frankfurt, Minister Camphausen, ist im Wesentlichen folgender:

Unbekümmert um gewisse staatenbündlerischen Rebel- und Schwebelbilder hält sie die Nothwendigkeit des Bundesstaates mit einer starken Centralgewalt fest, nicht Preußens wegen, das für sich allein stark genug ist, sondern Deutschlands wegen, das des innigen Aneinanderschließens bedarf, um dem Auslande gegenüber Kraft und Geltung zu gewinnen. Jeder dem Bundesstaate beitretende deutsche Staat behält seine volle Selbstständigkeit, in so weit sie nicht der Centralgewalt nothwendig zum Opfer gebracht werden muß. Niemand soll zum Beitritte gezwungen werden können, es soll aber auch Niemand daran gehindert werden. Preußen verlangt weder für sich noch für einen andern die Centralgewalt. Befugnisse und Namen derselben überläßt es der freien Einigung der Regierungen unter einander und mit der Frankfurter Versammlung.

C Berlin, 24. Februar. Unter der hiesigen Bürgerschaft circuliren jetzt 2 Adressen, die eine an den Magistrat mit der Aufforderung, von der Reorganisation der Bürgerwehr abzustehen, die andere an die Kammern, mit dem Antrage auf Fortdauer des Belagerungszustandes.

Mit Nächstem sollen hier im geistlichen Ministerio Vorberathungen über die Reform des höhern Schulwesens abgehalten werden, zu denen Abgeordnete der höheren Landeseschulen zugezogen werden. Die betreffenden Wahlen sind in der Provinz Brandenburg bereits vorgenommen. — In nächster Zeit soll hier zur Bildung der Geschwornenlisten geschritten werden. In mehreren Provinzialstädten, namentlich in Magdeburg ist damit bereits der Anfang gemacht. — Das Kammergericht wird nach seiner Umgestaltung zu einem Appellhofe in drei einander coordinirte Senate zerfallen.

In Berlin ist jetzt wieder ein dänischer Abgesandter, Herr von Pechlin, anwesend, um wegen Verlängerung des Waffenstillstandes vorläufig bis zum 1. April zu unterhandeln.

Die hier eingetroffenen Abgeordneten halten bereits Parteiversammlungen. Die Abgeordneten zur ersten Kammer versammeln sich im Hotel du Nord. Waldeck und Behrendts haben die Oppositionsmitglieder zu einer Zusammenkunft in der Stadt London eingeladen.

Schon seit längerer Zeit hat sich unter den hiesigen Schneidern, namentlich unter den französischen ein Communistenklub gebildet, der in Abtheilungen regelmäßige geheime Sitzungen hält. Die Diebstähle und Einbrüche fangen wieder an, sehr überhand zu nehmen.

Berlin, 24. Februar. Die durch den heutigen Staatsanzeiger bekannt gemachte Vervollständigung unsers Ministerii durch den Grafen von Arnim, für Auswärtiges, und den Geh. Rath v. Raabe, für Finanzen spricht mehr wie alles Andere für den festen Willen desselben den etwa in den Kammern auftauchenden Gelüsten nach einem Ministerwechsel entgegenzutreten und auszuharren, bis sie ihre Aufgabe, die constitutionellen Verhältnisse Preußens zu consolidiren, gelöst ha-

ben. — Herr v. Rochow, seiner Zeit Landtagsmarschall des vereinigten Landtags hat aus Gesundheits-Rücksichten die Präsidentsur der ersten Kammer abgelehnt. Man glaubt, daß dieselbe nun an den früheren Finanz-Minister Herrn von Alvensleben gelangen werde. — Die demokratische Partei des dritten Wahlbezirks befindet sich Jung's wegen in größter Uneinigkeit und läßt sich fast schon mit Bestimmtheit eine solche Zersplitterung ihrer Stimmen vorhersehen, daß es der Gegenpartei gelingen wird, ihren Candidaten Beckerath durchzusetzen, zudem die Anhänger Jung's mit ihr sich vereinigt haben. — Unsere nächsten Diebe suchen jetzt vielfach der Ergappung dadurch zu entgehen, daß sie eine der Constabler ähnliche Bekleidung anlegen. Auch bei dem neulich in der Rixower Wegstraße vorgekommenen bedeutenden Diebstahle waren einige der Diebe mit Nummern an den Hüften versehen.

— Von den Abgeordneten der rechten Seite haben sich gestern und heute etwa 100 zu den Vorversammlungen in Stadt London eingefunden. An der Debatte theilnahmen sich lebhaft Grabow und Graf Arnim-Boitzenburg, eben so Graf Schwerin, Geh. Rath Carl u. A., die zugleich Mitglieder der deutschen Reichsversammlung sind. Der ehemalige Minister von Bodelschwingh verhielt sich schweigend. Alfred von Auerwald ist bereits eingetroffen; sein Bruder wird erwartet, eben so Vinke. Auf Grabow's Wahl zum Präsidenten der zweiten Kammer wird mit Sicherheit gerechnet. — Von den Mitgliedern der Opposition fanden sich gestern bei Milenz etwa 30 ein; die Mehrzahl trifft erst heute und morgen ein. D. N.

A Berlin, 26. Februar. Die Eröffnung der Kammern fand heute früh um 11 Uhr im Weißen-Saale des Königl. Schlosses statt: die Constabler glänzten in Parade-Uniform als Schutzwache. Die Stadt hat ein lebhaftes Ansehen erhalten und überall ließt und beschreibt man die Thronrede. Eine Kritik mag ich in diesem Augenblicke nicht geben. Von der Linken hatten sich höchstens 6 Abgeordnete als Zuschauer eingefunden. Die Rechte war stark vertreten, und schien die größere Anzahl von ihnen durch die Thronrede zufriedengestellt. — In den letzten Tagen wurde die Drägersche und Reichardt'sche Buchdruckerei wegen Verbreitung demokratischer Schriften versegelt. — Ein 12 jähriges Mädchen, das als Somnambule ausgeschrien wurde und täglich Tausende von Kranken und Neugierigen herbeizog, ist von den Aerzten für wahnsinnig erklärt. —

E Frankfurt, 25. Februar. Gestern sind die Erklärungen der deutschen Regierungen über die Verfassung, wie sie aus erster Lesung hervorgegangen ist, an das Reichs-Ministerium abgegeben; es fehlen nur noch die der Regierungen Oesterreichs und Hannovers; die Bevollmächtigten von 26 Staaten haben in einer gestrigen Versammlung bei Camphausen ihre Erklärungen in einer Collectiv-Note niedergelegt; die Regierungen von 22 Millionen sind sonach einig. Dem Vernehmen nach sind die Ausstellungen gegen den Verfassungsentwurf, die in dieser Collectiv-Note gemacht sind, nicht von dem Umfange und der Bedeutung, daß man nicht auf eine vollständige Einigung und Sicherheit rechnen könnte. Auch die besonders eingereichten Erklärungen der übrigen Staaten, insbesondere der königlichen Regierungen, sollen befriedigend sein. Man kann sich daher trotz der Spaltungen und Zerrwürfnisse, die ganz Deutschland, und daher auch die National-Versammlung zerreißen, noch immer der Hoffnung hingeben, daß, wenn auch nicht alle Wünsche erreicht werden, doch die März-Bewegungen des Jahres 1848 nicht ohne große Erfolge bleiben werden.

Die österreichische Parthei hat durch eine aus ihrer Mitte gewählte Commission einen neuen Verfassungsentwurf ausgearbeitet, der sich von dem in erster Lesung angenommenen im Wesentlichen dadurch unterscheidet, daß statt eines einheitlichen Oberhauptes ein aus 7 Mitgliedern bestehendes Directorium, in welchem Oesterreich und Preußen von 3 zu 3 Jahren abwechselnd den Vorsitz führen soll, an die Spitze der Reichs-Regierung steht und daß der Reichs-Rath weggelassen soll. Die viel besprochenen §§. 2 u. 3 des Verfassungsentwurfs Abschnitt „das Reich“, nach welchen ein zum deutschen Reiche gehöriges Land mit außerdeutschen Ländern nur im Wege der Personal-Union verbunden werden kann, sind in der Art geändert, daß es heißt:

„Steht mit einem deutschen Staate ein außerdeutsches Land „in politischer Verbindung, so darf diese der Durchführung der „deutschen Reichsverfassung und Reichsgesetzgebung in dem deutschen Staate keinen Eintrag thun.“

Es leuchtet ein, daß dies eine nichtsagende Redensart ist, die ohne alle Wirkung auch in der alten Bundes-Acte hätte stehen können. Oesterreich wurde z. B. dadurch nicht gehindert, eine den deutschen Interessen ganz zuwider laufende Politik zu befolgen u.

Zwei Mitglieder dieser Parthei, Heckscher und Hermann, sind gestern nach Olmütz abgereist, wahrscheinlich um vom österreichischen Cabinet die Annahme dieses Verfassungsentwurfs zu erlangen. Es wird sich wahrscheinlich ergeben, daß Oesterreich auch dazu nicht im Stande ist, ohne sich zu zerstückeln, um der Aufregung der slavischen Bevölkerung neue Nahrung zu geben. Das Schlimmste ist, daß alle diese Umtriebe neue Verzögerungen zur Folge haben, und nichts Nachtheiligeres als dies kann Deutschland widerfahren.